

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 18 – Rücknahmequote für gebrauchte Energiesparlampen erhöhen

Dazu sagt die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Marlies Fritzen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 177.11 / 25.03.2011

Rücknahme von Energiesparlampen erleichtern

Die alte Glühbirne ist Technologie von vorgestern. Sie produziert mehr Wärme als Licht und heizt den Klimawandel an. Statt den immer noch steigenden Energieverbrauch weiter zu beschleunigen, brauchen wir effizientere Technologien.

Energiesparlampen sind eine wichtige Einsparmöglichkeit, auf die wir nicht verzichten können. Der Ersatz einer 60-Watt-Glühbirne durch eine gleich helle 11-Watt-Energiesparlampe spart jährlich 30,4 Kilogramm CO₂. Angesichts der Vielzahl der Lichtquellen in unseren Häusern kommt man schnell auf einen erheblichen Einsparbeitrag, den jede Bürgerin und jeder Bürger leicht erzielen kann.

Das Problem beginnt bei der Entsorgung der Lampen, denn sie enthalten Quecksilber. Die Mengen in der einzelnen Lampe sind gering, ältere haben bis zu acht, neuere Modelle teilweise sogar weniger als zwei Milligramm. Aber auch hier gilt: die Masse macht's.

Daher gehören Energiesparlampen auf keinen Fall in die Restmülltonne. Sie müssen gesondert eingesammelt und das Quecksilber muss umweltgerecht entsorgt beziehungsweise wieder verwendet werden.

Doch die Sammelquote ist bisher erschreckend gering. Nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe lag sie 2009 in Deutschland bei gut 30 Prozent insgesamt, für Privathaushalte sogar nur bei 10 Prozent.

Jährlich landen so schätzungsweise 80 Millionen Altlampen im Hausmüll und damit mehrere hundert Kilogramm Quecksilber unkontrolliert in der Umwelt.

Derzeit sind laut Gesetz die Kommunen für die Sammlung und die Hersteller für die anschließende Verwertung und umweltgerechte Entsorgung der Energiesparlampen verantwortlich. Nur vereinzelt gibt es auf freiwilliger Basis auch Sammelstellen im Handel.

In Schleswig-Holstein können Energiesparlampen bei den kommunalen Wertstoffhöfen, die auch gebrauchte Elektrogeräte annehmen, oder bei mobilen Schadstoffsammelstellen abgegeben werden. Tatsächlich ist die nächste Sammelstelle aber oft 15 bis 20 Kilometer entfernt. Auf Eiderstedt haben wir eine Entfernung von sogar 30 Kilometern recherchiert. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind sie häufig nicht erreichbar. Kaum jemand nimmt diesen Weg für eine Lampe auf sich. Die Hausmülltonne ist schneller und bequemer zu erreichen.

Dabei wäre es eigentlich ganz einfach: VerbraucherInnen müssten die Lampen in jedem Geschäft, das Glühlampen verkauft, zurückgeben können. So wie das seit vielen Jahren problemlos mit Batterien funktioniert. Ein niedrighschwelliges und kundenfreundliches Angebot, das die Umwelt schützt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung aber weigert sich, eine entsprechende gesetzliche Regelung zu schaffen und hat entsprechende Anträge im Bundestag abgewiesen. Stattdessen forderten Europapolitiker von CDU und FDP Ende letzten Jahres die Rücknahme des EU-Glühlampenverbotes. Hier zeigt sich: Schwarz-gelb auf dem Weg zurück in die energiepolitische Steinzeit. Soweit sollte diese Landesregierung nicht gehen.

Ich fordere Sie deshalb auf, durch eine Überprüfung des Sammelsystems die Situation in Schleswig-Holstein und eventuelle Lücken bei der Rücknahme fest zu stellen und sich beim Bund dafür einzusetzen, dass der Handel stärker und vor allem verbindlich, das heißt gesetzlich in die Pflicht genommen wird.
